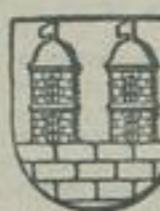


Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Preis pro Exemplar: Bei Abholung in der Redaktion und den Ausgabezellen 2 Rappen, im Monat bei Zustellung durch die Posten 2,20 RM., bei Postabholung 2 RM., gesetzlich abwegig. Wochensatz für Wilsdruff u. Umgegend 10 Pf. Die Kostenhalten werden nach Möglichkeit aufzubringen und unterlassen zu jeder Zeit Bezahlung entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen darf kein Aufschuss auf Rechnung der Zeitung oder Abzug des Bezahlungspflichtes erfolgen nur, wenn Vertrag bestellt.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 159. — 87. Jahrgang

Telegr.-Adr.: „Amsblatt“

Wilsdruff · Dresden

Postleitz.: Dresden 2640

Dienstag, den 10. Juli 1928

Die Weltkohlenkrise.

Vielleicht auf keinen Zweig der deutschen Wirtschaft haben allgemein-weltwirtschaftliche Entwicklungen einen so starken und leider auch verhängnisvollen Einfluss ausgeübt wie auf die Kohleverarbeitung. Es besteht eine Weltkohlenkrise, deren Ursache die allgemeine Überproduktion an Kohle ist oder, wenn man es von der anderen Seite her sieht, der Rückgang im Absatz, da die Konkurrenz durch das Öl und die Elektrizität, die Braunkohle und andere Mittel der Wärme- und Kraftlieferung in geradezu rasendem Anteilen ist. In allen Kohleverarbeitenden Ländern besteht die gleiche Abschauhung und der Konkurrenzdruck zwischen ihnen ist ein dementsprechend erbitterter; längst spielt die Kohle nicht mehr die weltwirtschaftliche Herrscherrolle wie vor dem Kriege, ist vielmehr in einem Sorgentum geworden.

In Deutschland wurde die Kohlewirtschaft vor einer Katastrophen-Krise durch das Gütergeschenk des langandauernden englischen Bergarbeiterstreiks bewahrt, aber seine Wirkungen sind völlig zu Ende; selbst in Deutschland vermag man sich nur noch mit äußerster Mühe und nur unter Aufgabe eines Teiles des „besetzten“ Gebietes gegenüber der englischen Konkurrenz zu halten. Stilllegungen von Zechen im Ruhrkohlengebiet lassen sich nicht mehr vermeiden und darunter befinden sich auch schon solche Zechen, die staatlicher Besitz sind.

Man kann es also versuchen, wenn auf der jetzt tagenden Generalversammlung des Verbands der Bergarbeiter Deutschlands sehr, sehr ernsthaft auf die Folgeerscheinungen dieser deutschen Kohlenkrise hinzuweisen würde, da ihre Auswirkungen natürlich die Bergarbeiterarbeit in erster Linie angehen. Die Überproduktion und der Absatzmangel können nicht ins Endlose nebeneinander bestehen, sondern der Absatzmangel erzwingt schon jetzt und in immer steigendem Maße — ganz besonders, wenn etwa die allgemeine Wirtschaftskonjunktur weiter zurückgeht — eine Einschränkung der Kohleverarbeitung. Das heißt: Zechenstilllegung, heißt Einschaltung von Feierabenden, heißt Arbeitsentlassung und Verdienstminderung bei den Bergarbeitenden. Denn daran ist nicht zu denken, noihedende Betriebe mit Hilfe öffentlicher Gelder durchzuhalten, wie das in der Zeit früherer Krisen, namentlich 1924 und 1925, viel zu oft geschah und meist zu ebenso unerträglichen Resultaten wie Auseinandersetzungen geführt hat. Nunmehr würden die Gesetze um die Überlastung öffentlicher Gelder damit begründet, daß durch sie größere Zelle der Arbeiterschaft vor dem Schicksal bewahrt werden sollten, brotos zu werden. Wo ist da eine Grenze zu ziehen? Was dem einen noihedenden Unternehmen recht ist, ist dem andern billig, und gar nicht feststellbar ist es, ob die Notlage hervorgerufen wurde durch eigenes Versehen, eigene Unfähigkeit und wirtschaftliches Unvermögen oder ob durch Umstände äußerer Art, auf die das Unternehmen keinen oder einen nur geringen Einfluß ausüben in der Lage ist!

Unsere Kohlewirtschaft unterliegt ja in sehr weitgehendem Maße den sozialistischen Zwangseinwirkungen, und zwar — über das Schiedsgerichts- und Schlichtungsvesen — sowohl sozial- und tarifpolitischer Art wie hinsichtlich der Preisabschätzung. Beide Seiten, also Arbeitgeber wie Arbeitnehmer, im Bergbau unterliegen dieser Zwangswirtschaft und das führt dazu, daß der wirtschaftliche Kampf zwischen ihnen ein Kampf um die im Staat liegende entscheidende Macht wird. Und ein Kampf, der damit politisch wird, nicht mehr rein wirtschaftlich ist, dafür aber um so rücksichtslos-egoistischer aufführt wird, da ja schließlich am Staat allein die Entscheidung und ihre Folgen hängenbleiben. Der preußische Handelsminister hat das nahende Wort an die Arbeitnehmer im Bergbau gesprochen, daß gerade sie im Hinblick auf ihre politische und soziale Emanzipation nun auch die stärkste wirtschaftliche Verantwortung dagehend tragen müssen, also die Fragen der Wirtschaft nicht vom Standpunkt eines fürtarifbedingten Einzelinteresses oder einzelnen Berufes aus zu betrachten, sondern diese Fragen in ihrer Verbindung und Abhängigkeit voneinander zu erwägen haben.

Vernünftige Lohn- und Sozialpolitik ist nur möglich auf dem Boden dessen, was die Wirtschaft zu tragen vermag. Wird diese Politik aber in die leere Luft hinausgetrieben, so folgt immer auf den Augenblickserfolg der verhängnisvolle Rückfall allgemein-wirtschaftlicher Natur. Am deutschen Bergbau erleben wir hierfür sehr ein unerträgliches Beispiel; aber auch andere Wirtschaftswege könnten folgen.

Die Forderungen der Bergarbeiter.

Verbandsvorsitzender Husemann teilte beim Vortrag des Geschäftsbüros des Verbundes für 1926/27 mit, daß der Verband der Auffassung sei, daß die Arbeitszeit soviel wie möglich zu kürzen und die Löhne zu erhöhen sind. Eine bedeutende Verbesserung der Lebenshaltung der Bergarbeiter sei unbedingt erforderlich. Im Ruhrgebiet seien drei Lohnsteigerungen im verlorenen Geschäftsjahr zu verzeichnen gewesen mit Lohnerhöhungen durch die Bergwerkschaften monatlich 15 Millionen Mark mehr an Löhnen hätten zugestanden werden müssen. Die organisierten Bergarbeiter und die gesamte organisierte

Die Zeppelinltaufe in Friedrichshafen

Deutschland in der Luft voran.

Die Bedeutung des neuen Zeppelins.

Selbst Jahren hat die Stadt Friedrichshafen nicht so viele festlich gekleidete Menschen und so viele festlich geschmückte Häuser gesehen. Eisenbahn und Dampfer brachten Taufende heran, die aus dem Lustschiffshafen der Taufe des neuen Zeppelinluftschiffes beladen wollten. In der großen Lustschiffshalle, die in Tannengrün und Fähnchen schmückt, stand das Riesenluftschiff, dessen Führergondel am Bug ein aus Kornblumen gebundenes „3“ trug. Bevor Beethoven's „Die Himmel rühmen des ewigen Ehre“ die Taufzeremonie einleitete, überreichte

Dr. Edener

der mit ihrem Gemahl erschienenen Tochter des alten Grafen Zeppelin, der Gräfin Brandenstein-Zeppelin ein Prächtiges Blumengewinde. In seiner Begrüßungsansprache feierte Dr. Edener das neue Luftschiff als eine

Brücke des Friedens zwischen den Nationen.

Der Name des neuen Luftschiffes sollte eine pietätvolle Ehrung für den geistigen Schöpfer des lebenslangen Luftschiffes sein. Im Namen der Geburtsstadt des Grafen Zeppelin, der Stadt Konstanz, wünschte Oberbürgermeister Dr. Möhrke dem neuen Zeppelin eine glückliche Zukunft. Er begrüßte den Zeppelin mit folgendem Spruch:

Stotzes Schiff, dir gibt an Bord
Hölle Wünsche mit der Ort,
Der die Wege Zeppelins getragen.
So zieh' denn hin in die geahnte Weite,
Hilf deutscher Arbeit Ehre
Und deutscher Geist verbreiten.

Darauf vollzog Gräfin Brandenstein-Zeppelin mit dem Ruf „Mit Gott! Graf Zeppelin!“ den Taufakt unter den Klängen des Niederländischen Danzgebeits.

Der heutige Stand der Luftfahrttechnik.

Der Deutsche Luftfahrtverband hatte aus Anlaß des 20. Geburtstages des Grafen von Zeppelin seine Mitglieder vom 7. bis 9. Juli zum 22. Luftfahrttag nach Konstanz am Bodensee eingeladen.

Dr. Edener sprach über die künftige Gestaltung der Lustschiffahrt und ihre Wirtschaftlichkeit. Er führte u. a. aus, daß das Luftschiff nur für weite Entfernung mit großer Kapazität in Frage komme. Die Hauptgefahr für die Luftfahrt die vertikalen Lustbewegungen, die aber dank der Technik und Konstruktion des Luftschiffes leicht überwunden würden. Selbst

Blitzgefahren sei nicht zu fürchten, da der Blitz nur das Metall, nicht aber die Ballons ansaugt. Was die Wirtschaftlichkeit anbelange, so müßten in erster Linie die günstigsten Landeplätze gefunden werden. Aufermaste seien nur behelfsmäßig, aber nicht ausreichend, es müsse erstrebbar werden, Landung und Aufstieg in die Zeit von Sonnenuntergang bis Sonnenaufgang zu verlegen, da nur diese Zeit die vertikalen Störungen kaum bemerkbar seien. Wichtig sei die

Steigerung der Fahrtgeschwindigkeit und die allmähliche Erziehung des Wasserstoffes durch Helium. Über die Zukunft des Ozeanverkehrs äußerte sich Dr. Edener, daß das Luftschiff das berufenste Fahrzeug hierzu sei und allen Gefahren standhalten könnte. Der geplante Weltflug des neuen „Z. 3“ 127° müsse vorsichtig verschoben werden. Der erste große Auslandsflug gehe nach Nordamerika. Nach Dr. Edener sprach Prof. Dr. Pirath-Stuttgart über Weltflugverkehr und innendeutsche Verkehr und ging dabei auf die Leistung der Technik, von der der künftige Weltflugverkehr abhänge, und auf die Tarifpolitik ein.

Arbeiterschaft müsse die großen wirtschaftspolitischen Aufgaben der nahen und fernen Zukunft mit Sorgfalt beobachten. Diese Aufgabe könnte nur gelöst werden, wenn die Arbeiterschaft sich immer stärker in die Wirtschaft hineinfühle, um dadurch die Wirtschaftsdemokratie durchzuführen und für die Zukunft vorzuarbeiten. Nach Schilderung der Fortschritte in der Gelehrte und Sozialversicherung führte Husemann über die Knapphaftsversicherung u. a. aus: Der Kreis der Arbeitenden habe sich von Jahr zu Jahr verringert, während der Kreis der Rentenempfänger sich vermehrt. Es entfielen auf jeden Rentenempfänger im Jahre 1924 422 zahlende Mitglieder, im Jahre 1927 dagegen nur 32 zahlende Mitglieder. Es müßte eigentlich Sachen des Reiches sein, einen Teil dieser Lasten durch einen Reichszuschuß abzudecken.

Güteschutztelegramm des Reichspräsidenten.

Friedrichshafen. Der Reichspräsident sandte zur Tanz des „Z. 3“ 127° folgendes Telegramm: „Anläßlich der Tanz des „Z. 3“ 127° spreche ich meine aufrichtigen Wünsche für alle Zeitglückliche Fahrt des neuen Zeppelins aus. von Hindenburg.“

Die „Bremen“-Flieger auf der Presse.

Der Streit um den Besuch in Doorn.

Während des Aufenthalts in Köln machten die „Bremen“-Flieger einen Ausflug nach Dortmund, wo ihnen ein großer Empfang zuteil wurde. Leider ereignete sich bei dem Andrang ein Autounfall, durch den ein Jungdeutscher tödlich verletzt wurde. In Köln erfolgte nach dem Dortmunder Ausflug ein Empfang auf der Presse. Hier gab Köhl seiner Bewunderung für Ristiz, der den Weltrekord im Dauerflug errungen hat, lebhafte Ausdruck. Anlässlich einer Zeppelin-Bedenfelder rechtfertigten sich auch die Ozeanflieger gegen Vorwürfe wegen ihres Besuches in Doorn. Köhl führte dabei u. a. aus, daß er Privatmann sei. Er habe immer als Offizier gearbeitet, noch nie gewählt. Er lese keine Parteien! Er lese nur das deutsche Vaterland. Wenn ihm die Freiheit genommen werde, seinen ehemaligen Kriegskameraden zu besuchen, müsse er sich das verbitten. Er sei ein freier deutscher Mann.

Er liebt den deutschen Arbeiter noch mehr als den deutschen Kaiser.

Deutsche Arbeiterhände hätten das Werk geschaffen, das sie hinaus in die Welt getragen hätten, um ihr zu zeigen, daß Deutschland in friedlicher Arbeit vorwärtsdrängen wolle. Von Hünfeld bemerkte, daß aus dem Beispiel Zeppelins das deutsche Volk lernen könnte, wie nötig es sei, sich über Parteienschranken hinwegzusehen, um in Zusammenhängen in dem Augenblick, wo der Name Deutschlands falle. Gerade, wenn sie von dem Mann als Privatmann zu Besuch kämen, der einst treu zu Zeppelin bielt, so meine er, es sei unehrenlich und unehrenhaft, seiner Überzeugung nicht zu folgen.

Ehrung Prof. Juniors und der Ozeanflieger in Aachen.

Professor Juniors, der vor seiner Überfahrt nach Dessaunkehr an der Technischen Hochschule in Aachen war, stattete zusammen mit den beiden Ozeanfliegern, Hauptmann Köhl und Kreibich, der Stadt Aachen einen Besuch ab. Am Alten Kaiserpalais wurden Professor Juniors der Ehrenbürgerbrief der Stadt Aachen und die Urkunden über die Verleihung der Würden eines Ehrenbürgers und Ehrensenators der Technischen Hochschule Aachen überreicht.

Der Chefsingenieur der „Italia“ gestorben

Die Lage der Mannschaft wird immer schlimmer.

Der Fliegerleutnant Lundborg hat Nobilis nach seiner Rettung auf der „Gitta di Milano“ aufgesucht und ihm geraten, die Biglieri-Gruppe anzutreten, seine selbständigen Rettungsversuche zu unternehmen.

Der Chefsingenieur der „Italia“ ist, wie Lundborg berichtet, auf der Eisfläche seinen Verletzungen erlegen. Man befürchtet, daß Nobilis tatsächlich der einzige sein wird, der von der „Italia“-Expedition mit dem Leben davonkommt. Die letzten Meldungen lassen erkennen, daß das Lager auf dem Eis wieder in östlicher Richtung vom Lande abgetrieben wird. Infolge der

ausserordentlich schlechten Eisverhältnisse und des immer stärker werdenden Nebels erscheint es ganz ausgeschlossen, daß die schwedischen Flieger noch einmal eine Landung beim Lager vornehmen können. Die einzige Möglichkeit besteht jetzt darin, daß das Lager von dem russischen Eisbrecher „Krasin“ erreicht wird, der sich jedoch nur sehr langsam vorwärtsarbeitet.

Der Flieger Babuschkin hat die Versuche, Amundsen zu finden, ausgegeben und weilt an Bord des „Krasin“.

Beratungen des Reichskabinetts.

Berlin. Das Reichskabinett ist am Montag zu einer Sitzung zusammengetreten. In der Sitzung sollte geschäftsordnungsmäßig der Arbeitsplan der Reichsregierung aufgestellt werden, d. h. wie und wann das Reichskabinett regelmäßig, wenn nicht besondere Angelegenheiten, Ausnahmeverhandlungen verlangen, zusammenzutreten wird. Ferner war die Beratung des Schanzensteigungsgefechts vorgesehen. Außenpolitisch wurden einige Fragen über den deutsch-polnischen Handelsvertrag abgeschlossen und der amerikanische Kriegsschiffaufenthalt erörtert. Doch dürfte hier Entscheidendes nicht beschlossen werden, solange Reichsaußenminister Dr. Stresemann noch nicht an den Kabinettssitzungen teilnimmt.

Reichswehr und „Potemkin“-Film.

Erklärung des Reichswehrministers.

Der bekannte russische „Potemkin“-Film, der Ereignisse bei der Umwälzung in Russland zur Sowjetregierung darstellt, wird jetzt wieder in Berlin vorgeführt, nachdem er seinerzeit in Deutschland verboten, dann aber durch die zuständige Filmprüfstelle allgemein freigegeben wurde. Reichswehrminister Dr. Gekler verbietet.